

Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 4/06

Dezember

7. Jahrgang

SIE (!) erhalten diese Zeitung und wissen etwa nicht warum?

Nun, Sie sind wahrscheinlich ein Mitglied im Wählerbund Deutschland vom leider verstorbenen Herrn Reichmann. Im März 2003 hat sich der WBD, wie Sie vielleicht noch wissen, korporativ der FBU angeschlossen. Somit ist jedes Mitglied des WBD automatisch zum Mitglied der FBU geworden, wie wir Ihnen auch schon in den letzten zwei Ausgaben dieser Zeitung mitgeteilt haben. Leider hat sich die verwaltungstechnische Absegnung der Übernahme des WBD durch die Behörden sehr lange hingezogen.

Vorläufig wurden alle WBD'ler dem FBU LV Saar-Pfalz anvertraut, bei dem der *Jahresbeitrag* (für WBD'ler erst ab 2007) lediglich 10 (zehn!) € beträgt. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Anrufbeantworter der Bundesgeschäftsstelle (0681-816320). Sie werden unverzüglich zurückgerufen. Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Ihr Bundesvorsitzender Axel Enders.

Die Mörder im Nadelstreifenanzug Der Freitod der Erika Albrecht oder ... eine sehr traurige Weihnachtsgeschichte

Frau Erika Albrecht wurde am 11.05.1952 geboren. Sie arbeitete bei den US-Besatzungstruppen in Miesau. Dort war sie mit dem Füllen und Entleeren der Granaten beschäftigt. Durch die dortigen Gifte wurde die Arbeiterin krank. Sie hatte im ganzen Körper das Gift der Munition, die sie bearbeiten musste.

Durch Schicksalsschläge war die Arbeiterin gezeichnet. Sie hatte die Scheidung hinter sich und lebte allein zur Miete. Ihr "Lebensgefährte" war ihr kleiner Hund Tschanga.

Frau Albrecht wurde vor einigen Jahren von einem Fremden vergewaltigt, der Täter wurde nie ermittelt. Frau Albrecht war depressiv durch die Vergewaltigung und gesundheitlich durch die Gifte belastet. Durch ihre gesundheitlichen Probleme konnte sie nicht mehr arbeiten. Sie wurde arbeitslos. Dann wurde sie zur Sozialhilfeempfängerin und zu guter Letzt auch noch Harz-4-Bezieherin. Sie machte also die kapitalistische Karriereleiter durch bis ganz nach unten.

Es bedarf leider kaum einer Erwähnung, dass sie auch von Seiten ihres an ihrem gesundheitlichen Zustand mitschuldigen amerikanischen Arbeitgebers, den US-Stationierungstreikräften, keine Hilfe zu erwarten hatte.

Wegen ihrer Krankheiten stellte Frau Albrecht einen Rentenanspruch. Dieser wurde vom Sozialgericht Speyer abgelehnt. Sie ging dann in Berufung vor das Landessozialgericht in Mainz. Auch ihre Anträge auf Unfallrente bei der Unfallkasse des Bundes wurden vom Sozialgericht abgelehnt. Auch hier ging die Kämpferin in Berufung.

Nun teilte ihr das Landessozialgericht mit, dass sie bei ihren Berufungsverfahren keine Aussicht auf Erfolg hätte und daher ihr Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe für das Berufungsverfahren abgelehnt wird.

Der kleine Mann bekommt somit die einzige Möglichkeit genommen, zu seinem Recht zu kommen. Schon im Vorfeld teilt man auf diesem Weg dem Kläger mit, dass er gefälligst aufgeben soll.

Am 18.09.06 musste Frau Albrecht wieder zu einer Untersuchung für ein gerichtliches Gutachten nach Bernkastel-Kues an die Mosel fahren. Von zwei FBU-Freunden wurde sie dorthin gebracht. Der dortige Arzt war verwundert, dass ihr Rentenverfahren nun schon seit 10 Jahren lief.

Die Rechtsanwältin, die Erika vertreten sollte, setzte noch eins drauf und schickte ihr gleich zwei Vorschusskostennoten: eine über 614,80 € und eine um die 300,- €.

Von der ARGE Landkreis Kusel wurde Frau Albrecht der Betrag von monatlich 600,78 € als Harz-4-Geld bewilligt. Davon musste sie Miete zahlen und von dem Rest irgendwie leben. Der Druck, der auf Frau Albrecht lastete, war für sie sehr hoch.

Mittlerweile war sie in die FBU eingetreten.

Wir versuchten ihr im sozialen Geist zu helfen. Am Mittwoch, dem 4. Okt., war sie bei uns und wollte in die Klinik Gleisweiler bei Edenkoben, weil ihr dort vor Jahren mit ihren Depressionen geholfen werden konnte. Der Anruf dort ergab, dass derzeit kein Bett frei sei und sie eine ärztliche Einweisung benötige. Wir empfahlen ihr, am nächsten Tag ihren Hausarzt aufzusuchen. Der sollte mit der Klinik telefonieren und für sie dort einen Platz beschaffen. Wir boten ihr an, sie dann mit dem PKW in die

Klinik zu bringen, wenn sie die ärztliche Einweisung hat. Auch boten wir ihr an, sie am nächsten Morgen zum Hausarzt zu fahren, wenn das notwendig sei.

Wir hörten dann nichts mehr von ihr. Wir waren der Meinung, sie sei inzwischen vom Hausarzt in die notwendige Fachklinik eingewiesen worden, und dass z.B. das Rote Kreuz die Einlieferung übernommen hat.

Am 9. Oktober 2006 mussten wir dann erfahren, dass sich Erika am Donnerstagnachmittag, dem 5. Oktober, das Leben genommen hat. Sie ist aus dem Schlafzimmerfenster ihrer Dachwohnung in den Hof hinunter gesprungen. Das Rote Kreuz kam und auch der Rettungshubschrauber. Sie wurde in die Klinik gebracht, wo sie am Freitag in der Frühe um 2:00 Uhr an den Folgen des Fenstersturzes gestorben ist.

Jetzt wird ermittelt wegen Selbstmord. Der Leichnam ist inzwischen zur Bestattung frei gegeben worden. Als die Rettungssanitäter ihren Geldbeutel kontrollierten, fanden sie dort den Betrag von 7,-€. Damit mußte sie wohl den Rest des Monats überleben.

Am 13. Oktober wurde Erika auf dem Friedhof in Kübelberg beigesetzt. Sie wurde verbrannt, da die Urnenbeisetzung die billigste Art des Bestattens ist. Da die Verstorbene kein Sparbuch hinterlassen konnte, war es ihrer verarmten Mutter nicht einmal möglich, eine Todesanzeige zu schalten. Auf Ihrem Grab befindet sich ein Blumenstrauß.

Die Mutter der Toten von 85 Jahren musste den Freitod der eigenen Tochter erleben.

Eigentlich müsste die Polizei nicht wegen Selbstmord, sondern wegen Mordes ermitteln und die Verantwortlichen befragen, die sich Menschen nennen und die mit ihren asozialen Entscheidungen Erika Albrecht in den Tod getrieben haben. Sie haben der Frau das Leben so zur Hölle gemacht, dass sie nur noch im Freitod einen Ausweg sah.

Das alles geschieht in einem Staat, der von sich behauptet, sozial zu sein!

Das alles geschieht in einem Staat, von dem Ex-Kanzler Kohl behauptet hat: „Wir sind ein reiches Land“. Das alles geschieht in einem Staat, der es sich trotz Millionen Arbeitsloser und horrenden Staatsverschuldung Jahr für Jahr leistet, den Weihnachtsmann für die ganze Welt zu spielen und an EU, NATO und UNO Jahr für Jahr über 20.000.000.000 Euro zu verschenken. Für 12 Jahre Vergangenheit schämt sich Deutschland jeden Tag. Für jeden Tag der Gegenwart sollte es sich schämen . . . Übrigens: der kleine Hund Tschanga hat ein neues Zuhause gefunden, - bei seinem neuen FBU-Frauchen wird er liebevoll über seinen Verlust hinweggetröstet. Für ihn ist gesorgt, . . . wenigstens . . . M. D.

Weihnachtslied, Hartz-4-bereinigt, von Erich Kästner

Morgen, Kinder, wird's was geben! Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.

Mutter schenkte euch das Leben, das genügt, wenn man's bedenkt.

Einmal kommt auch eure Zeit, morgen ist's noch nicht so weit.

Doch ihr dürft nicht traurig werden, Reiche haben Armut gern.

Gänsebraten macht Beschwerden, Puppen sind nicht mehr modern.

Morgen kommt der Weihnachtsmann, allerdings nur nebenan.

Lauft ein bisschen durch die Straßen, dort gibt's Weihnachtsfest genug.

Christentum, vom Turm geblasen, macht die kleinsten Kinder klug.

Kopf gut schütteln vor Gebrauch! Ohne Christbaum geht es auch.

Tannengrün mit Osrambirnen – lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!

Reißt die Bretter von den Stirnen, denn im Ofen fehlt's an Holz.

Stille Nacht und heil'ge Nacht. Weint, wenn's geht, nicht, sondern lacht!

Morgen, Kinder wird's was geben! Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!

Morgen, Kinder, lernt für's Leben, Gott ist nicht allein dran schuld!

Gottes Güte reicht so weit ... Ach, du liebe Weihnachtszeit!

Du weißt nicht, wie schwer die Last ist, die du nicht trägst (afrikanisches Sprichwort).

Kurzmeldungen aus Deutschland

Der Vorstand des Hilfsfonds der Unterstützungskasse läßt mitteilen, daß in 2006 nicht nur vielen politisch verfolgten deutschen Menschen geholfen, sondern darüber hinaus ein Wertzuwachs der Hilfsfondsanteile von 15,5 % erreicht werden konnte. Den Helfern werden mit der Ausgabe dieser Zeitung ihre neuen Hilfsfondsanteile zugestellt.

Wer die Anzahl seiner Anteile aufrunden oder auch nur weiterhin helfen möchte, der überweise seine Spende bitte an den Kontoinhaber, den Schatzmeister A. Enders, unter Angabe des Verwendungszweckes „Hilfsfonds der UK“, Konto 4627733, Sparda Bank Südwest, BLZ 55090500.

J. Eich, Hilfsfondsverwaltung.

Die GEZ schlägt wieder zu ...

Die Ministerpräsidenten der Länder haben entschieden: Ab Januar 2007 werden für Internet-Computer und Internet-Handys 5,52 € pro Monat fällig, sofern in einem Haushalt nicht bereits Radios oder Fernseher bei der GEZ gemeldet sind. Protest gibt es auch aus der Unternehmerschaft, wird doch nun jeder Computer mit Online-Verbindung zum Rundfunkgerät erklärt.

Einkaufsrummel am 24. Dezember?

Zu Weihnachten sollten Christen besser die Kirchen denn die Konsumtempel besuchen. Deshalb ruft die Freie Bürger Union LV Saar-Pfalz zum Einkaufsboykott am 24. Dezember auf.

Zumindest Weihnachten sollten die Mütter und Väter gemeinsam mit ihren Kindern verbringen können und nicht zur Arbeit gerufen werden. Ich selbst werde deshalb auch nach Weihnachten jedes Geschäft meiden, das am 24. Dezember geöffnet hat. E. A. (Bundesvorsitzender der FBU)

Aus der Arbeit der FBU: Landesverband Saar-Pfalz

Bürgersprechstunde

Die FBU hat eine Bürgersprechstunde eingerichtet. Diese findet immer am ersten Freitag des Monats ab 18:00 Uhr im Gasthaus Bergmannsheim in St. Ingbert statt. Wer Hilfe braucht, der melde sich bitte bis zum Vortag um 19:00 Uhr - oder besser früher - bei der Landesgeschäftsstelle telefonisch an (Tel: 0681-35855, Landesvorsitzender Günter Gabriel). Es wird mit ihnen dann der genaue Zeitpunkt eines Treffens festgelegt und dafür gesorgt, daß auch eine kompetente Beratung stattfinden kann.

Bürgerstammtisch

Am 16 Januar und am 13. März, jeweils Dienstags, in „Die Eck“, Kaiserstr. 77, Saarbrücken-Scheidt. Wie immer um 19.30 Uhr. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Bitte auch Verwandte, Bekannte und Interessenten mitbringen (Für jedes Neumitglied winken dem Werber 50 €).

Politischer Aschermittwoch am 21.02.2007 um 19 Uhr im „Bergmannsheim“ in der Neuen Bahnhofstr. 15 in St. Ingbert. Dazu ergeht an alle Mitglieder der FBU und an alle politisch interessierten Mitbürger eine herzliche Einladung. Hauptredner des Abends ist unser saarländischer Landesvorsitzende Günter Gabriel. Außerdem lässt der Bundesvorsitzende ein Theaterstück vorführen („zum Wegschreien“).

Landesverband Bayern

Ein Eid vor Gott – was ist er in Bayern wert?

Unsere Politiker: Sie schwören tausend Eide bei Amtsantritt. Doch im Gegensatz zu unseren Beamten sind deren Eide nicht justiziabel. Sie sind eigentlich komplett wertlos, wie unser FBU-Stadtrat Claus Bebersdorf aus Schweinfurt höchstselbst erfahren musste. Deshalb hat er beim Bayerischen Landtag einen Petitionsantrag auf ersatzlose Streichung des Artikels 31 Abs. 5 der bayerischen Gemeindeordnung eingereicht, weil die dort geregelte Vereidigung der ehrenamtlichen Gemeinderäte überflüssig ist.

Wer einen Eid ablegen muß, unter Berufung auf Gott – ein Amt gewissenhaft zu erfüllen –, dem muß zugestanden werden, um einen finanziellen Schaden seiner Kommune abzuwenden, dies notfalls gerichtlich überprüfen zu lassen. Man kann doch nicht einen Eid von ehrenamtlichen Gemeinderäten verlangen und diese mit ihren Gewissenskonflikten dann alleine lassen. Dann würde auch Artikel 20 der Gemeindeordnung ausreichen, der zur Sorgfalt verpflichtet – ohne einen Eid.

Konkret ging es um die Zulässigkeit eines Stadtratsbeschlusses, der einen zweifelhaften Deckungsvorschlag beinhaltete. Auf Antrag von vier Stadträten wurde beschlossen, Kunstgegenstände im Werte von 300.000,-- € zu kaufen. Als Deckungsvorschlag wurde beantragt: Entnahme aus der Rücklage. So weit, so gut. Doch da in der Bevölkerung Unmut über diesen Kauf auftrat, fügte die Verwaltung dem Deckungsvorschlag noch hinzu: Diese Entnahme aus der Rücklage wird durch den Erlös eines Nachlasses in derselben Höhe wieder der Rücklage zugeführt. Der Nachlaß ist vorhanden, jedoch hat die Verwaltung keine Unterlagen darüber vorgelegt, noch eine Garantie geliefert, die die volle Deckung gewährleisten würde. Denn erbringt der Nachlaß keine 300.000,-- €, dann bleibt die Stadt auf einem finanziellen Schaden sitzen. Einem zweifelnden Stadtrat wurde sogar die Akteneinsicht hierzu verwehrt!

Eine erfolgte Aufsichtsbeschwerde wurde von der Regierung von Unterfranken zurückgewiesen mit der Begründung, die Stadtverwaltung hätte nachgewiesen, dass der Nachlaß ausreicht. Jedoch wurden weder Beweise gegeben noch Einsicht in diese Unterlagen gewährt. Also blieb einem Gemeinderat, seinem Eid verpflichtet, nur noch die Überprüfung durch ein Verwaltungsgericht übrig.

Dieses lehnte die Zulässigkeit der Klage rundweg ab, da ein Stadtratsbeschuß nicht durch ein Gerichtsurteil aufgehoben werden könne. Dabei ging es ja nicht ausdrücklich um die Aufhebung des Stadtratsbeschlusses, sondern um die Überprüfung des dazugehörenden Deckungsvorschlages. Denn sollte der nicht zutreffend sein, wäre das ein Täuschungsmanöver des Gremiums gewesen. Ein Gemeinderat wird hier mit seinem Gewissenskonflikt in Anbetracht seines Eides allein gelassen, eine verwaltungsgerichtliche Überprüfung wird verwehrt. Wenn das Verwaltungsgericht für sich reklamiert, rechtmäßig gehandelt zu haben, dann sollte man die Vereidigung von ehrenamtlichen Gemeinderäten aus der bayerischen Gemeindeordnung ersatzlos streichen, um so zumindest den Druck eines Gewissenskonfliktes von ehrenamtlichen Gemeinderäten abzuwenden. C. B. + Red.

Stadt-Stammtisch der FBU-Bayreuth

Jeweils nach der monatlichen Plenumsitzung des Stadtrats treffen sich FBU-Mitglieder und politisch interessierte Bürger. Der ehemalige FBU-Bundesvorsitzende und Bayreuther Stadtrat Ortwin Lowack informiert aus erster Hand über den örtlichen Stand der Dinge. Termine unter Tel. 0921 – 511600, Rechtsanwaltskanzlei Lowack & Lowack.

Die FBU trauert:

Von uns gegangen sind

Erika Albrecht und Luise Kuhn.

Sie waren der FBU beigetreten um zu verändern, was ihrer Meinung nach nicht gerecht und nicht in Ordnung sei. Wir wollen auch fortan in ihrem Sinne arbeiten, kämpfen und für das Gute eintreten. Möge es ihnen nun besser ergehen.

Zum Jahreswechsel

Neujahrsgebet des Pfarrers von St. Lamberti / Münster, im Jahre 1883:

„Herr, setze dem Überfluß Grenzen und lasse Grenzen überflüssig werden. Lasse die Leute kein falsches Geld machen, aber auch das Geld keine falschen Leute. Nimm den Ehefrauen das letzte Wort und erinnere die Ehemänner an ihr erstes. Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde. Bessere solche Beamte, Geschäfts- und Arbeitsleute, die wohl tätig sind, aber nicht wohlthätig sind. Gebe den Regierungen ein besseres Deutsch und den Deutschen eine bessere Regierung. Herr, Sorge dafür, daß wir alle in den Himmel kommen, aber nicht sofort.“

Informationen von Mitgliedern für Mitglieder
wieder in der nächsten Ausgabe

Lieber Freund der FBU,

„Wenn ein Mann nicht bereit ist, für seine Überzeugung ein Risiko einzugehen, dann taugt entweder die Überzeugung nichts, oder der Mann taugt nichts!“ *Ezra Pound*

Die alten Politiker – sie haben uns gestern belogen, - sie belügen uns heute, - und werden uns morgen wieder belügen - ...

Deshalb wehre Dich, laß' das nicht zu, - komme schnell zur FBU!

Haben Sie vielen Dank dafür, daß Sie so treu zu uns halten. Vieles konnte erreicht werden, noch mehr werden wir gemeinsam anpacken.

Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Fest, Gesundheit und Zufriedenheit im neuen Jahr, das wünschen Ihnen die Schriftleitung und der Bundesvorstand der Freien Bürger Union.

Bitte beachten Sie den Redaktionsschluß für die Stimme der Freiheit: 1/07 ist der 15. März 2007

Impressum:

Herausgeber: Freie Bürger Union, Bundesverband, Tel. und Fax: 0681-816320.

V.i.S.d.P.: Axel Enders, Bundesvorsitzender.

Anschrift: FBU, Stimme der Freiheit, Kaiserstraße 92, D-66133 Saarbrücken.

Schriftleitung: Dieter Müller, Schulstraße 6, D-66901 Schönenberg-Kübelberg, Tel. und Fax: 06373-891794, E-Mail: FBUSaarpfalz@aol.com **Anzeigen:** Bitte Anzeigenpreisliste anfordern.

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig.

Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

Bankverbindung: FBU, Sparkasse Saarbrücken, Konto Nr.: 29012655, BLZ: 59050101.